

## Vereinigungen: Demnächst zahlen?

**G**ewisse Unruhe lösen bei Barmstedter Vereinigungen Andeutungen von Seiten der Stadt aus, dass sie demnächst für die Unterstützung des städtischen Bauhofes bei der Durchführung von Veranstaltungen Entgelte zahlen sollten. Dazu erklärt die BALL: Es darf nicht sein, dass die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Vereinigungen, die im Wesentlichen das gesellschaftliche und kulturelle Leben bereichern bzw. die Jugendarbeit in Barmstedt tragen (z. B. BMTV; SSV Rantau; Pfiff), dadurch blockiert wird, indem sie von der Stadt zur Kasse gebeten werden. Das gleiche gilt für solche Traditionsveranstaltungen wie das Kinderfest, dem Weihnachtsmarkt oder dem Kunsthandwerkermarkt.

## Deutsches Lohndumping reißt Europa weiter in den Abgrund

Deutsche Produkte sind im Ausland gefragt wie noch nie. Deutschland gehört seit Jahren zu den Exportweltmeistern. Doch was viele nicht wissen: Vor allem Billiglöhne haben zu einem Anstieg der Exporte geführt, und die wiederum haben die europäische Wirtschaftskrise befeuert.

„Weil sie unsolid gewirtschaftet haben, sind viele Länder Europas in der Schuldenkrise“, so Kanzlerin Merkel. Jedoch: Seit 2000 haben deutsche Unternehmer für 1,2 Billionen Euro mehr Produkte und Waren an das Ausland verkauft, als Deutschland dort eingekauft hat. Womit konnten die anderen Länder diesen Überschuss bezahlen? Nur mit einer beständig anwachsenden Verschuldung. Deutsche Banken standen immer gerne bereit, um mit Flüssigem auszuhelfen. Heute sitzen sie auf den Milliardenkrediten. Weshalb war dieser gigantische Überschuss im Außenhandel überhaupt möglich? Seit 2000 sind die Löhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken; die Inflation ist dabei herausgerechnet. In allen anderen Ländern stiegen sie. Diese schlechte Lohnentwicklung schwächte den deutschen Konsum. Damit hatten ausländische Unternehmer es schwer, ihre Waren in Deutschland an den Mann oder die Frau zu bringen. Die Importe schwächelten. Gleichzeitig konnten deutsche Unternehmer mit sinkenden Löhnen ihre Profite massiv steigern und mit Kampfpreisen ausländische Märkte erobern. Unter anderem in den deutschen Schlachthöfen wurden die Exporte von Nahrungsmitteln nach Griechenland um rund 90 Prozent gesteigert. Nur wenn Exporte und Importe sich die Waage halten, ist Europa zu retten. Deshalb brauchen wir deutlich steigende Löhne, den gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro, das Arbeitslosengeld II in Höhe von 500 Euro und ein Zukunftsprogramm für den sozialökologischen Umbau mit 125 Milliarden Euro jährlich. Michael Schlecht DIE LINKE

## Auch in Barmstedt Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz verwirklichen: Es fehlen ca. 20 – 30 Krippenplätze

**W**enn in diesem Jahr endlich die bereits vor einem Jahr von der Stadtvertretung beschlossenen zusätzlichen 20 Krippenplätze bei der Diakonie-GmbH geschaffen sind, fehlen in Barmstedt immer noch ca. 20 - 30 weitere Krippenplätze, um das Ziel von 35 % ab 2013 zu erreichen. Nach dem Kinderförderungsgesetz besteht bundesweit ab 1. Juli 2013 ein Rechtsanspruch für alle Ein- bis unter Dreijährigen auf einen Krippenplatz. Dabei sei dahin gestellt, ob nicht noch mehr Plätze geschaffen werden müssen, um den Rechtsanspruch der Eltern zu verwirklichen. In verschiedenen jüngsten Umfragen liegt die Nachfrage der Eltern sehr viel höher. Die BALL-Fraktion wiederholt mit Nachdruck ihre Erwartung,

dass die Stadtverwaltung zügig eine Konzeption vorlegen muss, wie und wo diese zusätzlichen Krippenplätze zu schaffen sind. Immerhin ist die Problematik nicht erst seit gestern bekannt, und die BALL hat wiederholt ein höheres Tempo angemahnt, so zuletzt im Sozialausschuss Ende Januar. Nicht schlecht wäre es, wenn die Krippenplätze in dem Tempo entstünden, wie ALDI oder LIDL mit Unterstützung der Stadt ihre Bauwünsche realisieren konnten.

Ein anderes Problem sind die erheblichen Folgekosten: bei 45 zusätzlichen Krippenplätzen wären im Haushalt der Stadt trotz der erheblichen Elternbeiträge ca. 300.000,- Euro jährlich bereit zu stellen. Für den Bau der Krippenplätze gibt es zwar hohe Zuschüsse, aber mit den Folgekosten lässt die Bundesregie-



rung die Kommunen allein, für die Absicherung der Bankprofite, die sich im gierigen Konkurrenzkampf verzockt haben, werden mal blitzschnell zig Milliarden bereit gestellt.

## Barmstedter Stadthaushalt für das Jahr 2012:

# Finanzkrise der Gemeinden unverändert

**D**er Haushalt 2012 der Stadt enthält eine Reihe von investiven Maßnahmen, die von der BALL-Fraktion vorbehaltlos unterstützt werden: u. a. neues Inventar in der Grundschule der Gemeinschaftsschule und in der Stadtbücherei, die Restfinanzierung des Sporthallenbaus, das neue Drehleiterfahrzeug für die Feuerwehr sowie der Restzuschuss für den Sporthausbau des SSV Rantau.

Die BALL-Fraktion hat auch die Absicherung der Stellen bei der Stadt unterstützt. Positiv ist auch, dass die Schulsozialarbeit durch Bundesmittel etwas weiter ausgebaut wird. Die BALL wird weiterhin das Ziel verfolgen, dass die zur Zeit befristeten Stellen perspektivisch abgesichert werden und dass an der Gemeinschaftsschule und am Gymnasium je zwei volle Stellen erreicht werden.

Auf der anderen Seite kritisiert die BALL-Fraktion, dass die „freiwilligen“ Leistungen – z. B. Zuschüsse für Vereine und soziale Einrichtungen – nach einer 20 %-Kürzung 1996 seitdem nicht mehr erhöht wurden, so dass aufgrund der Preissteigerungen



weitere Kürzungen um ca. 30 % erfolgt sind. Die BALL ist der Auffassung, dass die Lern- und Lehrmittellansätze in allen Schulen auf das höhere Niveau des Gymnasiums angehoben werden sollten.

Vor allem aber: Weiterhin ist im Haushalt nahezu nichts enthalten zur Unterstützung für sozial Schwächere oder Menschen in sozialer Not. Die BALL hatte in der Vergangenheit u. a. gefordert, dass zumindest Kinder aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften vom Kindergartenbeitrag befreit werden. Die

BALL hatte beantragt, dass die Stadt Flüchtlinge und Obdachlose nicht länger nach Langeln in die völlige Isolation abschiebt sondern im Barmstedter Stadtgebiet entsprechenden menschenwürdigen Wohnraum vorhält: das dürfte keine Überforderung sein, wenn man bedenkt, dass das Rathaus erneut um die obere Etage vergrößert wird. Erheblich zu kritisieren ist, dass die Stadt bei der Schaffung der ab 2013 erforderlichen Krippenplätze nahezu nicht voran gekommen ist (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

Der Haushalt 2012 der Stadt Barmstedt geht von einem Defizit von 1,5 Millionen Euro aus. Die Verschuldung der Stadt wird um etwa eine Million auf rd. 17 Mio. Euro steigen. Die jährlichen Zinsausgaben der Stadt belaufen sich auf rd. 821.000,- Euro. Davon gehen ca. 700.000,- Euro an Banken, die von der Finanznot der Kommunen – welch seltsamer Zufall – kräftig profitieren.

Durch die Stadtwerke (Gewinnabführung; Konzessionsabgabe; Defizitübernahme des Wellenbades) wird der Haushalt der Stadt mit rd. 1,3 Mio. Euro am Leben gehalten. Nun ist es allemal besser, wenn die aus dem Strom- und Gasverkauf erzielten Gewinne der Stadt zukommen, als wenn diese in die Taschen von Konzerneignern gingen. Aber zugleich ist es völlig inakzeptabel, dass die Gemeinden von Bund und Land mit Steuermitteln so schlecht ausgestattet sind, dass die Gewinne der Stadtwerke quasi als Zusatzsteuereinnahme eingepflanzt werden müssen.

Nicht nur Barmstedt ist hoch verschuldet: alle Gemeinden in Schleswig-Holstein sind

# Fischtreppe oder Sohlgleite?

Zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für die Krückau im Bereich Spitzerfurth stehen beide Möglichkeiten zur Verfügung. Laut eines Gutachtens, welches das Land 2008 anfertigen ließ, ist die Sohlgleite zur Herstellung der Durchlässigkeit für „aquatische Organismen“, insbesondere Fische, einem technischen Bauwerk in Form einer „Fischtreppe“ vorzuziehen. Da aber die Sohlgleite auch die teuerste Variante ist, entschied sich 2008 das Land, als 90% -Geldgeber, dennoch für eine technische Lösung. Die Kosten wurden auf 500.000,- Euro geschätzt. Der städtische Anteil von 50.000,- Euro wurde von der Mehrzahl der Stadtvertreter abgelehnt. Eine zu diesem Zeitpunkt geplante kleine Sohlgleite als teuerste Lösung entfiel damit als Alternative. Weitere Umstände sprachen gegen die Sohlgleite, als da waren Platzprobleme durch den alten Baumbestand und ein nicht zur Verfügung stehendes Grundstück, da der Eigentümer nicht verkaufen wollte. Die Krückau aber ist im Maßnahmenkatalog der WRRL aufgeführt, und dieser sollte daher auch bis 2015 umgesetzt sein.

Seit der Abwasserzweckverband (AZV) die Verantwor-

tung für die Stadt Barmstedt übernommen hat, ist neue Bewegung in die Planung gekommen. Da der AZV eine im Bereich zwischen See und Spitzerfurth liegende marode Entwässerungsleitung für das Areal „Lübbingsche Wiesen“ zu sanieren hat, lag der Gedanke nahe,



beide Projekte miteinander zu kombinieren, um doch noch zu der weitreichenderen Lösung einer Sohlgleite zu kommen. Diese würde dann mit mäandrierendem Verlauf, beginnend Höhe Freibad - links des Krückauweges auf dem Acker - unter der Straße durch - quer durch die Wiesen, weit hinter der Schleuse wieder in die Krückau eintreten. Dass diese neue „Führung“ der

Krückau auch eine Entspannung für die Hochwasserproblematik (zumindest für Barmstedt) bei starken Regenfällen mit sich bringt, scheint einleuchtend zu sein. Eine Untersuchung der Machbarkeit findet zurzeit statt. Der Gewinn für Natur und attraktive Naherholung liegt auch

die Hälfte) z.B. in Form von einem B-Gebiet zu Geld machen müsste. Dieses Vorgehen würde zwar in das neue Konzept der Stadtvertretung, bei Baulandausweisungen als Investor aufzutreten, passen, wäre aber nur durch eine Zwischenfinanzierung zu realisieren. Ob dann das investierte Geld in naher Zukunft durch den Verkauf der Grundstücke, wieder reinkommt scheint fraglich, wenn man den schleppenden Abverkauf von Grundstücken in Neubaugebieten, z.B. am Friedhof, betrachtet. Außerdem: Aus stadtplanerischer Sicht sollte auf keinen Fall eine Bebauung dieser Flächen, bis an die Sohlgleite heran erfolgen. Zum Seebereich ist ein hinreichend breiter Schutzstreifen ohne eine Bebauung zu gewährleisten.

Die Position der BALL: Obwohl das sinnvolle Projekt Sohlgleite realisiert werden könnte, sollte die Stadtvertretung sich nicht auf ein finanzielles Risiko einlassen. Es sollte unbedingt versucht werden die Eigentümerin davon zu überzeugen nur das benötigte Areal zu verkaufen und somit ein zukunftsweisendes Projekt für die Stadt Barmstedt zu unterstützen. Als kleine (Not) Lösung bliebe dann nur noch die technische „Fischtreppe“, bei der die finanzielle Unterstützung des AZV nicht genutzt werden kann.

## Afghanistan-Krieg:

# CDU/CSU/FDP, SPD und GRÜNE verlängern Einsatz.

Überlagert von der Diskussion über den Bundespräsidenten und damit in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat der Bundestag am 25.1.2012 das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr mit den Stimmen der CDU/CSU/FDP, der großen Mehrheit der SPD-Fraktion sowie einem Teil der GRÜNEN um ein weiteres Jahr verlängert. Die personelle Obergrenze für den vor zehn Jahren gestarteten Kriegseinsatz wird geringfügig auf 4900 Soldaten abgesenkt. Bis Anfang 2013 ist eine weitere Reduzierung auf 4400 Soldaten vorgesehen, „so weit es die Lage erlaubt“.

Der Fraktionschef der Linkspartei, Gregor Gysi, forderte – wie die deutsche Friedensbewegung – den vollständigen deutschen Abzug aus Afghanistan bis September dieses Jahres. Die Kampftruppen sollten bereits im Mai zurückgeholt werden. Der Einsatz schade Afghanistan und Deutschland. Deutschlands Sicherheit werde durch ihn nicht verteidigt, sondern eingeschränkt, weil die Terrorgefahr wachse. Insgesamt bezeichnete Gysi den NATO-Einsatz in Afghanistan als Terrorismus: „Terrorismus kann man nicht mit der höchsten Form des Terrorismus, nämlich Krieg, bekämpfen.“



Bis Ende 2014 sollen die Kampftruppen aus Afghanistan abgezogen sein. Verteidigungsminister Thomas de Maizier (CDU) betonte allerdings, er halte den Abzugsplan „nicht für sicher“. Andererseits versprach de Maizier der afghanischen Regierung langfristige Unterstützung. Deutsche Soldaten bleiben dort auch nach 2014 im Einsatz. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, Obst Kirsch, bezweifelt, dass der Kampfeinsatz der Bundeswehr 2014 endet. „Dass nun vom Abzug der Kampftruppen bis Ende 2014 die Rede ist, ist dem Blick auf die nächste Bundestagswahl geschuldet. Das ist Augenwischerei“, sage er.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat errechnet, dass die Bundesbürger für den Kriegseinsatz in Afghanistan bis Ende 2014 rund 26 bis 47 Milliarden Euro zahlen müssen. Die Barmstedter Bürger sind anteilig mit etwa vier Millionen beteiligt: damit hätten etwa die beiden neuen Sporthallen im Schulzentrum bezahlt werden können. Von den Zehntausenden toten und verwundeten Zivilisten und den verheerenden Folgen des zehnjährigen Krieges für die Bevölkerung ganz zu schweigen. Die Bundeswehr zählte 45 Tote und 252 Verwundete sowie unzählige Traumatisierte.

# Nazi-Aufmärsche verhöhnern die Opfer – die von damals und die von heute!

Trotz der öffentlichen Diskussion über Nazi-Terroristen und Nazi-Morde vergeht kein Wochenende, in dem es bundesweit Nazi-Aufmärsche gab und gegen soll. Erneut steht der europaweit größte Nazi-Aufmarsch am 18. Februar durch Dresden bevor. In Schleswig-Holstein ist der landesweit größte Aufmarsch für den 31.3.2012 in Lübeck geplant. In den vergangenen Jahren haben die Verantwortlichen in Politik und Justiz mit riesigem Aufwand diese Aufmärsche geschützt, was zur auffälligen Blindheit und Untätigkeit angesichts unzähliger Überfälle, Gewalttaten und Morde der Neonazi-Szene passt.

Mit den Aufmärschen wie z.B. am 16.1.2012 in Magdeburg, aber auch in Dresden und Lübeck wollen die Neonazis an die Bombardierung deutscher Städte durch die Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition im zweiten Weltkrieg erinnern. Sie sprechen von einem „alliierten Bombenholocaust“ und verschweigen, dass es die deutsche Wehrmacht war, die Europa in Schutt und Asche gelegt und die Verantwortung für die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs trägt. Nachdem die deutsche Luftwaffe 1940 eng-

liche Städte wie Coventry und London bombardierte, kam es im Gegenzug ab 1942 zur Bombardierung deutscher Städte, um ein Kriegsende zu erzwingen.

Es geht den Nazis aber nicht nur um die Deutung historischer Ereignisse sondern sie versuchen auch in die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union einzugreifen. Sie fordern ein Europa unter deutscher Führung und wollen Stimmung gegen Englands Ablehnung deutscher Vormachtbestrebungen in der Europäischen Union verbreiten.

Als Veranstalter der Nazi-Aufmärsche tritt ein „(Nazi-)Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ auf, um das sich von „Kameradschaften“, „Freien Kräften“, „Autonomen Nationalisten“ bis zur NPD der gesamte braune Sumpf gruppiert, dem der „Nationalsozialistische Untergrund“ entstammt und aus dem er unterstützt wurde. Dass zu diesem Umfeld nicht „nur“ die 10-fachen Mörder aus Zwickau, sondern auch Mörder und Totschläger von mindestens 150 weiteren Menschen gehören, macht noch einmal ganz deutlich: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Jahr für Jahr wurden die Aufmärsche von tausenden Polizis-



ten gegen den Widerstand aus der Bevölkerung geschützt. Der antifaschistische Protest hingegen wurde schon im Vorfeld als illegitim diffamiert und zunehmend kriminalisiert. Es wurden eine Reihe von strafrechtlichen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen Personen eingeleitet, denen eine verantwortliche Rolle bei den Protesten gegen diese Nazi-Aufmärsche unterstellt wird. Schnell ist man hier mit Tatwürfen wie „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ oder „Landfriedensbruch“ bei der Hand.

Wie passt das dazu, dass immer wieder zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts eingefordert wird, wie erst jüngst

bei den Auschwitz-Gedenkveranstaltungen am 27.1.2012. Wie passt das vor allem dazu, dass Nazi-Organisationen wie die NPD mit Millionen Steuergeldern gefördert werden, obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 139 das Verbot aller faschistischen Organisationen gebietet?

Zahlreiche Organisationen und Vereinigungen, so die VVN-Bund der Antifaschisten, setzen sich für ein Verbot der NPD ein und rufen zu Gegendemonstrationen zu den Nazi-Aufmärschen auf: Solange Nazis marschieren dürfen, werden sich ihnen Antifaschisten in den Weg stellen. Ausdrücklich erklärt die BALL ihre Solidarität.

## Wechsel in der BALL-Fraktion: Herbert Flick in der Stadtvertretung

In der BALL-Fraktion gibt es einen Wechsel: Für BALL-Stadtvertreter Michael Krumnow, der auf eigenen Wunsch aus der Stadtvertretung ausgeschieden ist und dem für seine fast vierjährige Mitarbeit

der Dank gilt, rückt Herbert Flick in die Stadtvertretung nach. Herbert Flick wird im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mitarbeiten. Helmut Welk wiederum wird für Michael Krumnow in den Sozialausschuss gehen.